

Niederschrift

über die Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Ostseebad Laboe
(LABOE/GV/11/2023) vom 19.12.2023

Anwesend:

Bürgermeister/in

Herr Heiko Voß

1. stellv. Bürgermeister/in

Herr Frank Gollnick

2. stellv. Bürgermeister/in

Herr Günter Petrowski

3. stellv. Bürgermeister/in

Herr Karsten Steinbach

Bürgervorsteher/in

Herr Sven Müller

2. stellv. Bürgervorsteherin/in

Herr Jan-Rolf Plagmann

Mitglieder

Herr Rolf Aulitzky

Frau Melanie Baudach

Frau Anke Dorl

Herr Jörg Erdmann

Frau Wiebke Eschenlauer

Herr Karl Christian Fleischfresser

Frau Edith Gerhardt

Herr Matthias Grahl

Frau Andrea Herrmann

Herr Dr. Siegfried Krause

Herr Hans-Georg Kurkutsch

Herr Martin Opp

Frau Leonie Peters

Herr Dr. Stefan Radomski

Herr Friedhelm Reker

Frau Kerstin Richter

Herr Thomas Rudolph

Herr Dr. Bernd Schmidt

Herr Tobias Slenczek

Herr Rolf Strohmeyer

Herr Jens Zywitza

Protokollführer/in

Frau Mirjam Hirsch

Abwesend:

1. stellv. Bürgervorsteher/in

Frau Margret Diekötter

fehlt entschuldigt

Mitglieder

Herr Frank Kroglowski

fehlt entschuldigt

Beginn: 19:00 Uhr

Ende 21:03 Uhr

Ort, Raum: 24235 Ostseebad Laboe, Schulstraße 1, im Gebäude der
Grundschule (Aula)

Tagesordnung:

Vorlagennummer:

- öffentliche Sitzung -

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung (Dringlichkeitsanträge)
3. Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
4. Einwohnerfragestunde
5. Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 29.11.2023 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
6. Bericht des Bürgermeisters
7. Wahl von Mitgliedern für den Gemeindevwahlausschuss für die Wahl einer hauptamtlichen Bürgermeisterin / eines hauptamtlichen Bürgermeisters LABOE/BV/717/2023
8. Feststellung des Jahresabschlusses des Gemeindebetriebes der Gemeinde Ostseebad Laboe für das Wirtschaftsjahr 2022 und Behandlung des Jahresergebnisses LABOE/BV/719/2023
9. Kalkulation der Kurabgabe zum Erhebungszeitraum 2024 (und für voraussichtlich zwei weitere Folgejahre) sowie Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Kurabgabe und einer Strandbenutzungsgebühr LABOE/BV/725/2023
10. Beratung und Beschlussfassung der Satzung zur 4. Änderung der Satzung über die Erhebung von Hafengebühren der Gemeinde Ostseebad Laboe sowie Kalkulation der Hafengebühren LABOE/BV/735/2023
11. Beratung und Beschlussfassung einer Geschäftsordnung; Antrag der LWG-Fraktion
12. Schulentwicklung; Antrag der SPD-Fraktion

13. Bekanntgaben und Anfragen

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und die Beschlussfähigkeit mit 26 Vertretungsberechtigten gegeben ist.

TO-Punkt 2: Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung (Dringlichkeitsanträge)

Herr Opp bittet um Absetzung des TOP 13 „ÖPVN zentraler Umsteigeort am Hafen; Antrag der Fraktion Gemeinsam vor Ort“ für die heutige Sitzung. Er wünscht zeitgleich eine Rückführung in den kommenden Bauausschuss.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es werden keinerlei Einwände erhoben.

TO-Punkt 3: Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte

Herr Müller lässt über den Ausschluss der Öffentlichkeit der in nichtöffentlicher Sitzung zu beratenden Tagesordnungspunkte abstimmen.

Beschluss:

Die in der Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil genannten Tagesordnungspunkte werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Stimmberechtigte: 26			
Ja-Stimmen: 26	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

Damit ergibt sich die vorstehende Tagesordnung.

TO-Punkt 4: Einwohnerfragestunde

Frau Kleinfeld trägt zwei Anliegen vor. Zum einen habe sie schon vor langer Zeit mit dem Abwasserzweckverband Kontakt aufgenommen, weil das Regenwasserrückhaltebecken verkrautet. Zwischenzeitlich haben Mäharbeiten statt gefunden und ein Baum wurde gefällt. Dennoch vertrete sie die Auffassung, dass der Zu- und Ablauf verstopft sei. Ihre Bemühungen vom AZV eine schriftliche Antwort bzw. überhaupt eine Antwort zu bekommen seien bisher ins Leere gelaufen. Daher bitte sie den Bürgermeister, als Vorstandsmitglied im AZV auf eine schriftliche Rückmeldung zu drängen.

Zum anderen lobt sie die Veranstaltung „Tannenwald“. Möchte aber darauf hinweisen, dass die Zuwegung und Wegführung nicht barrierefrei war und somit für Menschen mit Rollstühlen, Rollatoren und Kinderwagen nur erschwert befahrbar. Ggf. könnte und sollte man über eine Verlegung der Veranstaltung an einen anderen Ort nachdenken.

Der Bürgermeister antwortet direkt auf die Anmerkungen. Er habe bereits beim AZV vorgeprochen und werde dem Wunsch nach einer schriftlichen Aussage nochmals Nachdruck verleihen.

Den Tannenwald möchte er auf Grund der großen Resonanz und des für ihn perfekten Ortes gerne dort belassen, aber es soll dennoch Veränderungen geben. Zum Beispiel sollen die gepflasterten Flächen besser eingebunden und eine für alle nutzbare Wegstrecke geschaffen werden.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

TO-Punkt 5: Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 29.11.2023 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Plagmann hätte sich bei den letzten Niederschriften gewünscht, dass die Anlagen zum Protokoll nicht nur als „externe Dokumente“ hochgeladen werden, sondern direkt an die Niederschrift angefügt werden.

Weitere Anmerkungen werden nicht vorgetragen.

Der Bürgervorsteher verliest die Themen zu denen in der letzten Sitzung Beschlüsse im nicht öffentlichen Teil erfolgten.

TO-Punkt 6: Bericht des Bürgermeisters

Bürgermeister Voß berichtet, die angespannte Haushaltslage vom Bund und Land wirke sich auch auf die Gemeinde aus.

Der Bund habe die Aussage getroffen, dass die im Herbst entstandenen Hochwasserschäden nicht bezuschusst werden, da es sich nicht um eine Katastrophe von nationalem Ausmaß handele.

Die Förderung für die Erstellung von Quartierskonzepten, bisher 15%, hat das Land eingestellt bzw. storniert.

Der Förderantrag von der Gemeinde Ostseebad Laboe war bereits gestellt.

Für den weiteren Antrag auf Fördermittel für den Ausbau der Südmole gebe es keinen Hinweis auf eine mögliche Stornierung, es wurden noch Unterlagen nachgefordert.

Von Seiten der Fraktionen Die Grünen und der SPD wurde eine Anfrage zum Sachstand Wärmeplanung an den Bürgermeister herangetragen. Diese beantwortet er wie folgt.

Die Gemeindevertretung habe beschlossen, einen Förderantrag für die Wärmeplanung zu stellen.

Dieser Antrag müsste bis zum 31.12. 23 beim Land eingereicht werden. Amt und Gemeinde hatten diesen Antrag bereits zur Versendung vorbereitet, als der Förderstopp verkündet wurde.

Ein früheres Einreichen des Förderantrages hätte zu keinem anderen Ergebnis geführt, da auch bisher gestellte Anträge keine Berücksichtigung finden.

Herr Slenczek macht darauf aufmerksam, dass der Beschluss lautete die Fördersumme in den kommenden Haushalt einzustellen.

Herr Voß entgegnet hierzu, er würde den Betrag einstellen, da eine Haushaltberatung in Kürze erfolge.

**TO-Punkt 7: Wahl von Mitgliedern für den Gemeindevwahlausschuss für die Wahl einer hauptamtlichen Bürgermeisterin / eines hauptamtlichen Bürgermeisters
Vorlage: LABOE/BV/717/2023**

Herr Müller bittet den Bürgermeister die Vorlage auszuführen.

Herr Voß dankt für die ausführliche Vorlage und bittet um Vorschläge der Fraktionen. Er macht nochmals darauf aufmerksam, dass auch Personen vorgeschlagen werden können, die kein Mitglied der Gemeindevertretung sind. Wer selber zur Wahl als BürgermeisterIn antritt, kann nicht Mitglied im Gemeindevwahlausschuss werden.

Herr Petrowski schlägt für die CDU Fraktion Herrn **Jörg Erdmann** und für dessen Stellvertretung Herrn **Rolf Aulitzky** vor.

Herr Plagmann schlägt für die LWG Fraktion Herrn **Leon Bieberich** und als seine Stellvertreterin Frau **Marlene Bern** vor.

Herr Slenczek benennt für die SPD Fraktion Herrn **Tobias Slenczek** und als dessen Stellvertreter Herrn **Thomas Eschenlauer**.

Herr Opp schlägt für die Fraktion GVO Herrn **Michael Meggle** und als dessen Stellvertreterin Frau **Thake Hansen-Lauff** vor.

Herr Dr. Radomski benennt für die Fraktion Bündnis/Die Grünen Frau **Ulrike Nowack** und deren Stellvertreterin Frau **Susanne Bartels**.

Die WIP Fraktion hat vorab schon folgende Personen an den Bürgervorsteher übermittelt: Herrn **Christian Geilich** mit der Stellvertreterin Frau **Edith Gerhardt**. Herrn **Karl Christian Fleischfresser** und der Stellvertreterin Frau **Kerstin Richter**.

Sowie Herrn **Frank Gollnick** und dessen Stellvertreter Herrn **Dr. Siegfried Krause**.

Eine weitere Aussprache wird nicht gewünscht.

Gegen den Vorschlag von Herrn Müller eine „en bloc“ Abstimmung vorzunehmen werden keine Einwände erhoben.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung wählt die nachfolgend aufgeführten Personen en bloc in den Gemeindevwahlausschuss für die Wahl einer hauptamtlichen Bürgermeisterin / eines hauptamtlichen Bürgermeisters in der Gemeinde Laboe (Gemeindevwahlleiter/in, Beisitzer/innen und persönliche Stellvertreter/innen):

Wahlleiter/in bzw. Beisitzer/innen		persönliche Stellvertreter/innen	
Name, Vorname	Adresse	Name, Vorname	Adresse
Wahlleiter/in Stefan Gerlach	Amt Probstei Im Hause	Wahl entfällt, da Stellvertreter/in durch Gemeindevwahlleiter/in berufen wird (§ 46 Absatz 1 GKWG in Verbindung mit § 12 Absatz 1 Satz 3 GKWG)	
Beisitzer/in Jörg Erdmann	Am Bauerngarten 8 24235 Laboe	Stellvertretung Beisitzer/in Rolf Aulitzky	Fördewanderweg 5 24235 Laboe
Beisitzer/in	Kätnerweg 38	Stellvertretung Beisitzer/in	Dorfstraße 3

Wahlleiter/in bzw. Beisitzer/innen		persönliche Stellvertreter/innen	
Name, Vorname	Adresse	Name, Vorname	Adresse
Leon Bieberich	24235 Laboe	Marlene Bern	24235 Laboe
Beisitzer/in Tobias Slenczek	Schmetterlingsweg 1 24235 Laboe	Stellvertretung Beisitzer/in Thomas Eschenlauer	Reiherweg 7 24235 Laboe
Beisitzer/in Michael Meggle	Hafenstraße 5 24235 Laboe	Stellvertretung Beisitzer/in Thake Hansen-Lauff	Katzbek 14 24235 Laboe
Beisitzer/in Ulrike Nowack	Wilhelm-Sprott-Str. 16 24235 Laboe	Stellvertretung Beisitzer/in Susanne Bartels	Hafenblick 4 24235 Laboe
Beisitzer/in Christian Geilich	Parkstraße 37 24235 Laboe	Stellvertretung Beisitzer/in Edith Gerhardt	Oberdorf 7 24235 Laboe
Beisitzer/in Karl Christ. Fleischfresser	Apfelgarten 4 24235 Laboe	Stellvertretung Beisitzer/in Kerstin Richter	Friedrichstraße 34 24235 Laboe
Beisitzer/in Frank Gollnick	Kätnerweg 64 24235 Laboe	Stellvertretung Beisitzer/in I Dr. Siegfried Krause	Hummelweg 13 24235 Laboe

Stimmberechtigte: 26			
Ja-Stimmen: 26	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 8: Feststellung des Jahresabschlusses des Gemeindebetriebes der Gemeinde Ostseebad Laboe für das Wirtschaftsjahr 2022 und Behandlung des Jahresergebnisses
Vorlage: LABOE/BV/719/2023

Der Vorsitzende führt in den Tagesordnungspunkt ein. Der Bürgermeister ergänzt die Vorlage durch den Bericht aus den Vorberatungen im Werk- und Finanzausschuss.

Herr Dr. Krause ist mit seiner Fraktion der Ansicht, dass gerade in Bezug auf den Bauhof wirtschaftliche Gesichtspunkte zu betrachten sind. Dieser Betriebsteil sollte ebenfalls Angebote einholen und Rechnungen schreiben. Daher wird er persönlich sich bei der Abstimmung enthalten.

Hierzu entgegnet Herr Voß, er sehe diese Vorgaben kritisch, aber die Wirtschaftplanberatungen stünden noch bevor und die Wirtschaftlichkeit solle im Jahr 2024 auf jeden Fall anders dargestellt werden.

Herr Grahl schließt sich den Ausführungen von Herrn Dr. Krause an, auch er wünscht aussagekräftigere Zahlen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen verliert Herr Müller den Beschlussvorschlag und lässt abstimmen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt auf Empfehlung des Werkausschusses „Hafen, Tourismus und Schwimmhalle“ zum Jahresabschluss 2022 des Gemeindebetriebes Ostseebad Laboe folgendes

1. Der Prüfungsbericht über die Jahresabschlussprüfung 2022 des Gemeindebetriebes Ostseebad Laboe wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Jahresabschluss 2022 des Gemeindebetriebes Ostseebad Laboe wird mit einer Bilanzsumme in Aktiva und Passiva von 5.275.760,57 EUR in der geprüften Fassung festgestellt.
3. Die Gewinn- und Verlustrechnung, die Erträge von 2.203.096,93 EUR und Aufwendungen von 2.590.664,94 EUR für das Wirtschaftsjahr 2022 ausweist und mit einem Verlust von 387.568,01 EUR abschließt, wird festgestellt.
Die Betriebsteile sind mit folgenden Abschlüssen am Betriebsergebnis beteiligt:
Betriebsteil Tourismus: - 291.145,55 EUR
Betriebsteil Hafen: - 19.146,06 EUR
Betriebsteil Meerwasserschwimmhalle: - 77.276,40 EUR
Betriebsteil Bauhof: 0,00 EUR
Der Verlust des Gemeindebetriebes ist durch die Gemeinde Ostseebad Laboe auszugleichen.
4. Es erfolgten Abschlagszahlungen auf die Verlustzuweisung für das Wirtschaftsjahr 2022 in Höhe von 361.100,00 EUR. Die Differenz zum festgestellten Jahresverlust beträgt 26.468,01 EUR.
5. Der Erstattungsbetrag der Gemeinde Ostseebad Laboe für die Nutzung der touristischen Infrastruktur durch Einheimische beträgt laut Jahresabschluss 169.274,25 EUR. Es erfolgten Abschlagszahlungen hierauf in Höhe von 176.200,00 EUR. Der Differenzbetrag in Höhe von 6.925,75 EUR ist vom Gemeindebetrieb Laboe an die Gemeinde Ostseebad Laboe zurück zu zahlen.
6. Die Ermäßigungsanteile bzw. Befreiungen der Liegeplatzgebühren für die Fischereischiffe, DGzRS Seenotrettungskreuzer und Laboer Segelvereine gem. § 8 Abs. 6 der Hafengebührensatzung in Höhe von 20.624,00 EUR Hierfür hat die Gemeinde bereits Abschlagszahlungen von 19.000,00 EUR geleistet und somit noch 1.624,00 EUR nachzahlen.

Somit entsteht dann insgesamt ein zu wenig gezahlter Betrag von der Gemeinde Ostseebad Laboe an den Gemeindebetrieb in Höhe von 21.166,26 EUR. Dieser Betrag wird von der Gemeinde Ostseebad Laboe in 2023 an den Gemeindebetrieb Ostseebad Laboe erstattet werden.

Stimmberechtigte: 26			
Ja-Stimmen: 12	Nein-Stimmen: 2	Enthaltungen: 12	Befangen: 0

**TO-Punkt 9: Kalkulation der Kurabgabe zum Erhebungszeitraum 2024 (und für voraussichtlich zwei weitere Folgejahre) sowie Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Kurabgabe und einer Strandbenutzungsgebühr
Vorlage: LABOE/BV/725/2023**

Vom Vorsitzenden wird auf die Vorberatungen im Werkausschuss und Finanzausschuss verwiesen.

Im Finanz- und Wirtschaftsausschuss wurde der Beschlussvorschlag modifiziert. Herr Müller trägt den veränderten Beschlussvorschlag vor und bittet der Empfehlung des Finanzausschusses zu folgen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung folgt der Empfehlung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und beschließt, der vorgelegten Kalkulation der Kurabgabe mit den darin enthaltenen Festsetzungen und Ermessensentscheidungen zuzustimmen. Dabei gilt die Maßgabe, dass die Strandbenutzungsgebühr gem. § 5 Ziffer 2 der vorgelegten Satzung mit 10 Euro festgesetzt werden.

Außerdem wird die vorgelegte Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Kurabgabe und einer Strandbenutzungsgebühr unter Verwendung von einem Deckungsgrad von 80,40% der umlagefähigen Kosten, somit 3,00 Euro Kurabgabe zur Hauptsaison und 1,50 Euro Kurabgabe zur Nebensaison ab 2024 beschlossen.

Stimmberechtigte: 26			
Ja-Stimmen: 24	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 2	Befangen: 0

**TO-Punkt 10: Beratung und Beschlussfassung der Satzung zur 4. Änderung der Satzung über die Erhebung von Hafengebühren der Gemeinde Ostseebad Laboe sowie Kalkulation der Hafengebühren
Vorlage: LABOE/BV/735/2023**

Vom Vorsitzenden kommt zu den Vorberatungen im Werk- und Finanzausschuss sowie zu der Vorlage noch folgender Hinweis: Aus satzungsrechtlichen Gründen wurde der inhaltlich gleiche Beschlussvorschlag für den WA und FA im Finanzausschuss angepasst.

Herr Fleischfresser spricht sich für die Beschlussfassung aus, ist aber der Ansicht, die Verabschiedung einer Entgeltordnung wäre der bessere Weg gewesen.

Herr Petrowski sichert ebenfalls seine Zustimmung zu, stellt aber für das kommende Jahr einen neuen Antrag in Aussicht, da auch er der Meinung ist, die Abrechnungen müssen sich am Verbraucher orientieren.

Herr Steinbach ist nicht damit einverstanden, dass die Unterdeckung nur zur Hälfte übertragen wurde. Dadurch werden weiter „Altenlasten“ in Folgejahre übertragen. Auch er spricht sich für eine Entgeltordnung aus und werde deshalb nicht zustimmen.

Bürgermeister Voß berichtet, ihm läge schon ein Antrag der Fraktion Die Grünen für den nächsten Werkausschuss vor, der das Thema Umstellung auf eine Entgeltordnung beinhaltet. Er persönlich halte eine kurzfristige Umstellung für sehr schwierig. „Altlasten“ müssen in die Kalkulation einfließen und innerhalb von drei Jahren abgewickelt werden.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, daher lässt Herr Müller über den satzungskonformen Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt auf Empfehlung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, die 4. Änderungssatzung der Gemeinde Ostseebad Laboe über die Erhebung von Hafengebühren (Hafengebührensatzung) vom 20.02.2018 mit folgenden Maßgaben:

§ 7 wird Satz 1 wie folgt neu gefasst:

Der Gebührensatz für die Inanspruchnahme von Wasser- und Landliegeplätzen beträgt:
1. für Tageslieger

für einen Wasserliegeplatz pro Tag 0,80 EUR je m² Schiffsgrundfläche
Ankunfts- und Abfahrtstag (Abfahrt bis 12:00 Uhr) gelten bei der Gebührenberechnung als ein Tag
2. für Dauerlieger
für einen Wasserliegeplatz pro Kalenderjahr 53,00 EUR je m²
Schiffsgrundfläche für einen Landlegeplatz pro Kalenderjahr 24,00 EUR je m² Schiffsgrundfläche.

Stimmberechtigte: 26			
Ja-Stimmen: 22	Nein-Stimmen: 4	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 11: Beratung und Beschlussfassung einer Geschäftsordnung; Antrag der LWG-Fraktion

Herr Müller bedankt sich für die sorgfältige Ausarbeitung des Entwurfs und die Gespräche im Vorwege.

Herr Plagmann ergänzt, man habe sich bei der Erstellung der Geschäftsordnung streng an die Vorgaben der Gemeindeordnung gehalten. Im Nachhinein sei aber noch aufgefallen, dass § 2a letzter Satz im Widerspruch zu § 5 (5) steht. Daher soll der letzte Satz des § 2a gestrichen werden.

Für § 8 kam ein Änderungsvorschlag vom Bürgermeister, der hat diesen im Vorwege von Frau Grulich prüfen lassen und lautet wie folgt:

„§ 8

Unterrichtung über die Ausschussarbeit

Einladungen zu den Ausschusssitzungen sind allen Mitgliedern der Gemeindevertretung in digitaler Form zuzustellen.

Einladungen, Vorlagen und Niederschriften zu den öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung sowie anderer Ausschüsse stehen den Gremienmitgliedern über das jeweils gültige Ratsinformationssystem des Amtes zur Verfügung und können dort abgerufen werden. „

Herr Fleischfresser berichtet, er habe in der vergangenen Wahlperiode versucht eine Geschäftsordnung auf den Weg zu bringen, dieses sei ihm allerdings nicht gelungen. Daher freut es sich außerordentlich über das Vorgehen der LWG. Ihm fehle in der Geschäftsordnung jedoch ein Passus, der auf mögliche Terminkollisionen eingeht. Außerdem vertritt er die Ansicht, die bürgerlichen Mitglieder seien nicht ausreichend bei der Erstellung beteiligt worden ebenso wie die Beiräte. Aufgrund des weiteren Klärungsbedarfes plädiere er für eine Verschiebung der Abstimmung auf den 07.02.2024.

Herr Erdmann bekennt sich zum damaligen „Abschafferteam“ der Geschäftsordnung. Er ist der Meinung, die Regelungen in der Gemeindeordnung seien ausreichend, mehr Bürokratie sei nicht von Nöten.

Herr Voß bedankt sich auch für die konstruktiven Vorgespräche und Beratungen, insbesondere bei Herrn Plagmann für die Vorarbeiten.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die als Anlage beigefügte Geschäftsordnung mit folgenden Änderungen.

§2a (3) letzter Satz: „Eine Ergänzung der Tagesordnung zur Fortsetzungssitzung ist nicht möglich“ wird gestrichen.

§ 8 erhält folgenden Text:

Unterrichtung über die Ausschussarbeit

Einladungen zu den Ausschusssitzungen sind allen Mitgliedern der Gemeindevertretung in digitaler Form zuzustellen.

Einladungen, Vorlagen und Niederschriften zu den öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung sowie anderer Ausschüsse stehen den Gremienmitgliedern über das jeweils gültige Ratsinformationssystem des Amtes zur Verfügung und können dort abgerufen werden. „

Stimmberechtigte: 26			
Ja-Stimmen:19	Nein-Stimmen:4	Enthaltungen: 3	Befangen: 0

TO-Punkt 12: Schulentwicklung; Antrag der SPD-Fraktion

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag vor der Sitzung der Antrag der SPD vor.

Desweiteren wurde von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Mail an die Verwaltung versandt, aus der hervorgeht, dass die Fraktion die Initiative der SPD unterstützt, aber gerne zwei Erweiterungen wünschen. Zum einen soll die Zielgruppe erweitert werden, als auch die Betrachtung und Entwicklung eines tragfähigen Personalkonzeptes.

Von der SPD Fraktion, Frau Peters, kommt in der Sitzung eine Vorlage mit einem Erweiterungsbeschlussvorschlag und von der CDU Fraktion, Herrn Petrowski, eine Tischvorlage mit einer Erweiterung des Beschlussvorschlages der SPD und einem beigefügten Lageplan mit der Darstellung einer künftigen Bebauung des Schulgeländes.

Frau Eschenlauer merkt an, dass drei Fraktionen eigentlich das Gleiche wollen und spricht von einem interfraktionellen Antrag.

Herr Petrowski sieht seine Vorlage als Erweiterungsantrag zu denen der SPD und den Grünen. Er erläutert seine Ideen anhand der Skizze und geht zeitgleich auf evtl. aufkommende Bedenken und Hinweise ein. Auch hierzu liegen schon Ideen und Lösungsansätze vor.

- Das vorhandene Schulgebäude wird gespiegelt und auf der jetzigen Fläche vom Jugendzentrum und der Sporthalle und in der gleichen Form neu errichtet.
- Das neue Gebäude muss nicht über die identischen Räume verfügen, sondern könne statt Aula und Cafeteria mit Multifunktionsräumen ausgestattet werden.
- Die entfallenen Parkplätze können durch den Bau einer Teiltiefgarage aufgefangen werden
- Durch die Verlegung der Turnhalle wird ein größerer zusammenhängender Schulhof geschaffen
- Die neue Turnhalle wäre für Wettkämpfe geeignet.

Herr Dr. Krause kann für die WIP Fraktion zustimmen, da die Notwendigkeit und der Bedarf der Schulentwicklung gesehen werde. Er unterbreitet den Vorschlag, es solle eine Vorberatung bis zum 23.3. im BSKs geben und der Beschluss über das Konzept und die Bauplanung solle zum 15.05. erfolgen.

Er stellt den Antrag: „Die GV beschließt TOP 12 an den BSKS zu verweisen. Die Erstellung eines Konzeptes für die OGTS soll bis Ende März erfolgen und für die Schule bis Ende Mai.“

Bevor über diesen Antrag abgestimmt wird, gibt Herr Slenczek zu bedenken, das die Schulentwicklung mit der OGTS eng verknüpft sei und eine Splittung nicht sinnvoll .

Alle Gemeinden müssten sich langfristig mit dem Thema Schulentwicklung auseinandersetzen, daher möchte er weitsichtig planen und den Prüfauftrag schon heute beschließen.

Frau Eschenlauer unterstreicht die Auffassung und weist darauf hin, dass das Land bereits Vorgaben zur Umsetzung bzw. Vorhaltung von Räumlichkeiten für Schule und OGTS mache, die Berücksichtigung finden müssen.

Herr Voß befürwortet die vorgelegten Anträge. Regt jedoch eine kleine Ergänzung an, damit der Prüfauftrag nicht nur auf die Idee von Herrn Petrowski festgelegt wird. Er möchte den Beschlussvorschlag in Absatz 4 ergänzen "...zu prüfen und ggf. bautechnische Alternativen vorzuschlagen."

Dieser Vorschlag findet bei allen Zustimmung.

Zunächst lässt Herr Müller über den Antrag der WIP abstimmen.

Beschluss:

Die GV beschließt TOP 12 an den BSKS zu verweisen. Die Erstellung eines Konzepts für die OGTS soll bis Ende März erfolgen und für die Schule bis Ende Mai."

Stimmberechtigte: 26			
Ja-Stimmen: 10	Nein-Stimmen: 16	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

Damit ist die Rückweisung an den BSKS abgelehnt.

Im Anschluss erfolgt die Beschlussfassung über den weitreichendsten Antrag von Herrn Petrowski mit der Ergänzung vom Bürgermeister.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung fasst folgenden Beschluss

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, ein mittelfristig angelegtes Entwicklungs- und Nutzungskonzept für die Grundschule sowie die Offene Ganztagschule zu erstellen. Dieses umfasst finanzielle und räumliche Planungen.
2. Sofern für die Konzepterstellung externer Sachverstand erforderlich werden sollte, sind die hierfür notwendigen Kosten in den Haushalt für das kommende Jahr (2024) einzustellen.
3. Ein erster Konzeptentwurf ist der Selbstverwaltung bis zum 30. April 2024 vorzustellen.
4. Auf der Basis der beigefügten Skizze und der mündlichen Erläuterungen in der Gemeindevertretersitzung wird die Verwaltung/Der Bürgermeister beauftragt, die baurechtlichen bzw. planungsrechtlichen Erfordernisse zu prüfen und ggf. bautechnische Alternativen vorzuschlagen.

Stimmberechtigte: 26			
Ja-Stimmen: 26	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 13: Bekanntgaben und Anfragen

Herr Voß berichtet, er habe die Frage der Fraktion GVO zur Vorlage einer Liegenschaftsübersicht nicht vergessen. Bisher hat die Verwaltung noch nichts entsprechendes übersandt. Er habe jedoch nachdrücklich die Forderung zur Ausführung gestellt bzw. zur Begründung warum eine Erstellung nicht erfolgt.

Zum Thema Hybridfähre gebe es Gespräche mit der SFK Gesellschaft, denn diese möchte gerne in Laboe eine Ladeinfrastruktur für ihre Fähren schaffen. Die Trassenplanung ist für die Kostenschätzung der Gesellschaft von Nöten, sie betreffe keine baurechtlichen Belange. Ein Gesprächstermin mit dem Geschäftsführer ist für Januar geplant.

Zur Anfrage der SPD in Sachen „große Poollösung“ ohne Mitglieder einem Ausschuss zu zuordnen erläutert Herr Voß, dass sich die rechtliche Zuordnung aus der Gemeindeordnung ergäbe. Ohne die Zuordnung dürften Poolmitglieder nicht am nicht öffentlichen Teil einer Ausschusssitzung teilnehmen.

Dieses Problem war Herrn Slenczek bekannt, er möchte aber gerne den Wortlaut aus der GO wissen.

Gemeindeordnung:

„§ 46

Mitglieder und Geschäftsordnung der Ausschüsse

„...“

(6) Die Mitglieder, die nicht der Gemeindevertretung angehören, werden von der oder dem Vorsitzenden des Ausschusses durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet und in ihr Amt eingeführt; sie können bereits vorher schriftlich verpflichtet werden. Die Mitglieder der Ausschüsse handeln in ihrer Tätigkeit nach ihrer freien, durch das öffentliche Wohl bestimmten Überzeugung. Im Falle der Zulassung von Stellvertretungen im Sinne von Absatz 4 sind ihren Stellvertreterinnen und Stellvertretern unabhängig vom Vertretungsfall Sitzungsvorlagen, Protokolle und sonstige Unterlagen zur Vorbereitung der Sitzungen des Ausschusses, dem sie angehören, zur Verfügung zu stellen. Ebenso haben diese auch unabhängig vom Vertretungsfall Zutritt zu den nichtöffentlichen Sitzungen des Ausschusses, **dem sie angehören.**“

Von Seiten der WIP Fraktion wurde eine Anfrage zur Gedenkstätte im Kurpark gestellt.

Der Bürgermeister klärt darüber auf, es habe ein Ortstermin mit der Marinekameradschaft statt gefunden. Die Gedenkstätte sei dringend sanierungsbedürftig, insbesondere die Treppe. Es werde noch geprüft, ob eine Neuverlegung der Stufen möglich ist. Auf jeden Fall müsse ein Geländer installiert werden.

Das Amt ist beauftragt, ein Leistungsverzeichnis anzulegen.

Eine weitere Frage der WIP wurde zum Mobilitätskonzept gestellt. Das Hafenumfeld sollte mit eingebunden werden.

Hierzu berichtet der Bürgermeister, die Kiel Region und die Gemeinde gehören einer Projektgruppe an. In dieser werde besprochen, welche Wegweiser zur Sprottenflotte führen, was mit der „roten Bude“ am Hafen passieren soll und in welcher Form und welchem Umfang die Sprottenflotte aufgestockt werden soll.

Herr Fleischfresser interessiert sich mehr für die Umsetzung der „Mitfahrbank“.

Zu den Mobilitätsstationen gehören laut Herrn Voß der Umsteiger ,Carsharing und Buswartehäuschen. Für die Gestaltung einer Mitfahrbank habe er versucht die Gewerbetreibenden am Ort zu begeistern, was ihm jedoch nicht gelungen sei. Die Idee sei auch nicht weiter verfolgt worden, nachdem die anderen Gemeinden keine positiven Rückmeldungen zu ihren Mitfahrbänken geben konnten.

Herr Petrowski macht darauf aufmerksam, dass am Katzbek in Höhe des Hauses von Groneberg ein unbeleuchteter Bagger stünde. Hier wird die Baustellensicherungspflicht verletzt und es besteht eine Gefahr für die Allgemeinheit.

Herr Aulitzky ist verwundert über die gewünschten Änderungen im Sitzungsplan und die Anhäufung von Werk- und Finanzausschusssitzungen.

Dieses wird durch krankheitsbedingte Terminverschiebungen und mit der anstehenden Haushalts- und Wirtschaftsplanung begründet. Nach Ablauf der Meldefrist wird der neue Plan vermailt.

Herr Aulitzky spricht die Gemeindevertretung und insbesondere den Bürgervorsteher zum weiteren Umgang mit der bestehenden Gemeindeparterschaft Neumarkt an. Er würde sich freuen, wenn die seit 1967 bestehende Partnerschaft wieder belebt werden würde. Der letzte geplante Besuch einer Delegation aus Laboe sei Corona zum Opfer gefallen.

Nach einer weiteren Diskussion über das Für und Wieder einer Weiterführung der Partnerschaft bittet der Bürgermeister dieses als Antrag zu formulieren und eine politische Entscheidung herbeizuführen.

Von Herrn Petrowski und weiteren GemeidevertreterInnen ergeht der Hinweis, dass zahlreiche tiefe Schlaglöcher das Befahren der Gemeindestraßen erschweren und gefährlich machen.

Ebenso werden immer noch viele Laternen vom Hecken-oder Baumbewuchs verdeckt.

Der Bürgermeister entgegnet, der Bauhof habe die Anweisung erhalten, dass vorrangig die Schlaglöcher auszubessern seien. Privatpersonen werden zum Heckenrückschnitt aufgefordert und auch die Gemeinde hat noch einiges nachzuarbeiten.

In eigener Sache spricht Herr Voß allen seinen Dank für die Teilnahme an dieser Sitzung aus.

Er bedankt sich für die Zusammenarbeit und ist erfreut über die positive Wandlung in der Gesprächs und Streitkultur mit der neuen Gemeindevertretung. Er hoffe, diese möge sich im kommenden Jahr so fortsetzen.

Mit guten Wünschen für die Weihnachtszeit beendet Herr Müller den öffentlichen Teil der Sitzung um 20.34 Uhr

Sven Müller
- Bürgervorsteher -

Mirjam Hirsch
- Protokollführerin -

gesehen:
Heiko Voß
- Bürgermeister -

gesehen:
Sönke Körber
-Amtdirektor-